



Universität zu Köln • Albertus-Magnus-Platz • 50923 Köln

An die Mitglieder des Senats

Der Rektor

Ansprechpartnerin:

Frau Magdalena Scheer

Telefon +49 221 470-4804
Telefax +49 221 470-5186
m.scheer@verw.uni-koeln.de
www.uni-koeln.de/11

Köln, 24.08.2017

AZ: 211 22 02 03

Sehr geehrte Mitglieder des Senats,

in der Senatssitzung am 26. Juli 2017 wurde unter TOP 4 beschlossen, dass eine gemeinsame Stellungnahme des Senats zur Einführung von Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten an die Landesregierung geschickt werden soll. Der Entwurf dieses Schreibens ist Ihnen am 14. August 2017 per E-Mail übermittelt worden. Bis zum 21. August 2017 bestand die Möglichkeit zur Rückmeldung. Für die eingegangenen Antworten bedanke ich mich und hänge Ihnen zu Ihrer Information das finale Schreiben an, welches an Herrn Ministerpräsidenten Laschet und Frau Ministerin Pfeiffer-Peonsgen verschickt wurde.

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Magdalena Scheer'.

(Magdalena Scheer)



SENAT

der Universität zu Köln

Köln, 23.08.2017

Stellungnahme des Senats der Universität zu Köln zur geplanten Einführung von Studienbeiträgen für Studierende aus Nicht-EU-Ländern

Der Senat der Universität zu Köln hat mit großer Besorgnis zur Kenntnis genommen, dass die nordrhein-westfälische Landesregierung beabsichtigt, Studienbeiträge für Studierende aus Nicht-EU-Ländern einzuführen. Auch wenn die näheren Einzelheiten der Umsetzung noch nicht bekannt sind, stößt das Vorhaben als solches auf grundsätzliche Bedenken, die der Senat hiermit zum Ausdruck bringen möchte. Die Bedenken und Sorgen beruhen auf folgenden Erwägungen:

(1) Seit jeher ist die Universität zu Köln in besonderem Maße geprägt durch ihre Internationalität. Ein Netzwerk aus 85 Partnerhochschulen und über 500 Fakultätspartnerschaften ermöglichen zahlreichen Studierenden aus aller Welt einen Aufenthalt an unserer Universität. Ihnen allen – nicht nur denjenigen Studierenden aus EU-Ländern – sollte auch weiterhin der Weg zu einem Studium in Köln ohne jeden Vorbehalt und ohne Hindernisse offenstehen.

(2) Nur eine solche vorbehaltlose Weltoffenheit entspricht dem Selbstverständnis der Universität zu Köln. Gerade in Zeiten des Wiedererstarkens nationaler Egoismen und autoritärer Entwicklungen fühlt sich die Universität umso mehr verpflichtet, ihrer Aufgabe gerecht zu werden, offenes Diskussionsforum und plurale Wirkungsstätte für Studierende aus aller Welt zu sein.

(3) Damit kann und will die Universität zugleich einen – wenn auch bescheidenen – Beitrag zur Unterstützung des Förderprogramms der Europäischen Union für die Länder des Globalen Südens leisten. Weit über die fachliche Ausbildung hinaus kann die Integration Studierender aus Nicht-EU-Ländern in unser Bildungssystem und die gemeinsame Forschung mit lokalen PartnerInnen und Partnern in diesen Ländern eine nachhaltige Wirkung im Interesse eines friedlicheren und von gegenseitigem Verständnis und Respekt verpflichteten weltweiten Zusammenlebens entfalten.

(4) Umgekehrt gilt aber auch: Der Profildbereich „Sozialer, kultureller und ökonomischer Wandel im Globalen Süden“ (also in den Ländern Afrikas,

Lateinamerikas und Teilen Asiens) gehört zu den Forschungsschwerpunkten der Universität zu Köln und ist elementar angewiesen auf internationale Lehrende und Studierende aus diesen Teilen der Welt, um die gemeinsame Forschung voranzutreiben.

Der Senat der Universität zu Köln sieht die skizzierten Zielvorstellungen und Profilierungen durch die Einführung von Studienbeiträgen für Studierende aus Nicht-EU-Ländern ernsthaft gefährdet. Stipendienprogramme und Härtefallregelungen mögen die negativen Auswirkungen vielleicht abmildern, können sie aber keineswegs kompensieren. Die durch Studienbeiträge generierten Einnahmen stehen jedenfalls – ganz abgesehen von dem von den Universitäten zu leistenden Verwaltungsaufwand – in keinem angemessenen Verhältnis zu den zu befürchtenden Schäden für die Universität zu Köln. Deshalb bittet der Senat der Universität zu Köln die Landesregierung mit Nachdruck, auf die Einführung von Studienbeiträgen für Studierende aus Nicht-EU-Ländern zu verzichten.